

## Verfahrensvermerke

- Aufstellungsbeschluss**  
Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 28.03.2023 die Aufstellung des Bebauungsplans beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 11.04.2023 im Amtsblatt Nr. 15 der Stadt Ludwigsfelde bekannt gemacht.

Ludwigsfelde, (Ort, Datum, Siegelabdruck)	Der Bürgermeister (Unterschrift)
--	-------------------------------------

- Vorgezogene Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange**  
Die vorgezogene Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange im Sinne des § 4 Abs. 1 BauGB erfolgte mit dem Schreiben vom ..... Die Behörden und Träger öffentlicher Belange konnten bis einschließlich ..... Ihre Stellungnahme an die Stadt Ludwigsfelde einreichen.

Ludwigsfelde, (Ort, Datum, Siegelabdruck)	Der Bürgermeister (Unterschrift)
--	-------------------------------------

- Beteiligung gem. § 3 (2) BauGB Öffentliche Auslegung**  
Der Entwurf des Bebauungsplanes i.d.F. vom ..... bestehend aus der Planzeichnung, den textlichen Festsetzungen und der Begründung, hat in der Zeit vom ..... bis ..... während folgender Zeiten

Montag	von 08.00 Uhr bis 12.00 Uhr und von 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr
Dienstag	von 09.00 Uhr bis 12.00 Uhr und von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Mittwoch	von 08.00 Uhr bis 12.00 Uhr und von 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr
Donnerstag	von 09.00 Uhr bis 12.00 Uhr und von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Donnerstag	von 08.00 Uhr bis 12.00 Uhr

nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.  
Eine zusätzliche Einsichtnahme bestand nach telefonischer Vereinbarung auch außerhalb dieser Zeiten. Die Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am ..... im Amtsblatt Nr. .... der Stadt Ludwigsfelde ortsüblich bekannt gemacht worden.

Ludwigsfelde, (Ort, Datum, Siegelabdruck)	Der Bürgermeister (Unterschrift)
--	-------------------------------------

- Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange**  
Die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange im Sinne des § 4 Abs. 2 BauGB erfolgte mit dem Schreiben vom ..... Die Behörden und Träger öffentlicher Belange konnten bis einschließlich ..... Ihre Stellungnahme an die Stadt Ludwigsfelde einreichen.

Ludwigsfelde, (Ort, Datum, Siegelabdruck)	Der Bürgermeister (Unterschrift)
--	-------------------------------------

- Abwägungsbeschluss**  
Die vorgetragenen Bedenken und Anregungen sowie die Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange wurden von der Stadtverordnetenversammlung in öffentlicher Sitzung am ..... behandelt. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

Ludwigsfelde, (Ort, Datum, Siegelabdruck)	Der Bürgermeister (Unterschrift)
--	-------------------------------------

- Satzungsbeschluss**  
Der Bebauungsplan, bestehend aus Planzeichnung und der Begründung, wurde von der Stadtverordnetenversammlung in öffentlicher Sitzung am ..... i. d. F. vom ..... als Satzung beschlossen. Die Begründung wurde mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom ..... gebilligt.

Ludwigsfelde, (Ort, Datum, Siegelabdruck)	Der Bürgermeister (Unterschrift)
--	-------------------------------------

- Ausfertigungsvermerk**  
Die Satzung über den Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung und den textlichen Festsetzungen, wird hiermit ausgefertigt.

Ludwigsfelde, (Ort, Datum, Siegelabdruck)	Der Bürgermeister (Unterschrift)
--	-------------------------------------

- Bekanntmachungsvermerk**  
Der Beschluss des Bebauungsplans sowie die Stelle, bei der der Bebauungsplan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am ..... im Amtsblatt Nr. .... der Stadt Ludwigsfelde ortsüblich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 BauGB) hingewiesen worden.

Ludwigsfelde, (Ort, Datum, Siegelabdruck)	Der Bürgermeister (Unterschrift)
--	-------------------------------------

- Rechtskraft**  
Die Satzung ist am ..... in Kraft getreten.

Ludwigsfelde, (Ort, Datum, Siegelabdruck)	Der Bürgermeister (Unterschrift)
--	-------------------------------------

- Katastervermerk**  
Die verwendete Planunterlagen enthält den Inhalt des Liegenschaftskatasters mit Stand vom ..... und weist die planungsrelevanten baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach. Sie ist hinsichtlich der planungsrechtlichen Bestandteile geometrisch eindeutig. Die Übertragbarkeit der Grenzen zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist eindeutig möglich.

Siegel:  
  
.....  
(öffentlich bestelltes Vermessungsbüro)

## Textliche Festsetzungen

Die Zwischenüberschriften (kursiv) sind nicht Gegenstand der Festsetzung.

**Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)**

- In den allgemeinen Wohngebieten WA 1, WA 2 und WA 3 sind sonstige nicht störende Gewerbebetriebe, Gartenbaubetriebe und Tankstellen gemäß § 4 Abs. 3 Nr. 2, 4 und 5 BauNVO unzulässig.
- Das Sondergebiet SO "Gesundheit und Soziales" dient vorwiegend der Unterbringung von Anlagen für gesundheitliche und soziale Zwecke, z.B. für behinderte Menschen, für Senioren sowie für die Bedürfnisse der Bewohner der umliegenden Wohngebiete.  
Zulässig sind, soweit sie im Sinne der Gebietscharakteristik des § 6 Abs. 1 BauNVO (Mischgebiet) das Wohnen nicht wesentlich stören,
  - Arzt- und Heilkundepraxen,
  - Einrichtungen der gesundheitliche Rehabilitation,
  - Anlagen für medizinische und gesundheitliche Dienstleistungen,
  - Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen für Senioren,
  - Werkstätten, Betreuungs-, Pflege- und Förderungseinrichtungen für behinderte Menschen.

Ausnahmsweise zulässig sind:  
– je eine Wohnung pro Betrieb für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter

- Das Sondergebiet SO "Kita" dient der Unterbringung von Anlagen für die Betreuung von Kindern im Krüppel- und Kindergartenalter. Zulässig sind Gebäude für eine Kindertagesstätte und die dazugehörigen Außenanlagen.  
Ausnahmsweise zulässig sind, soweit sie im Sinne der Gebietscharakteristik des § 6 Abs. 1 BauNVO (Mischgebiet) das Wohnen nicht wesentlich stören,
  - Anlagen für die Betreuung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen,
  - Anlagen für die Betreuung von Senioren.

**Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)**

- Die zulässige Grundfläche nach § 19 Abs. 4 Nr. 2 BauGB darf durch die Grundflächen von Tiefgaragen und ihren Zufahrten in den allgemeinen Wohngebieten WA 1 und WA 2 bis zu einer Grundflächenzahl von 0,5, im allgemeinen Wohngebiet WA 3 und im Sondergebiet SO 1 "Gesundheit und Soziales" bis zu einer Grundflächenzahl von 0,6 überschritten werden.

- Die zulässige Grundfläche nach § 19 Abs. 4 Nr. 2 BauGB darf durch die Grundflächen von Tiefgaragen und ihren Zufahrten sowie von Nebenanlagen im Sinne des § 14 der Baunutzungsverordnung im Sondergebiet SO 2 "Kita" bis zu einer Grundflächenzahl von 0,6 überschritten werden.

**Immissionsschutz (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)**

- Zum Schutz vor Verkehrslärm müssen in den allgemeinen Wohngebieten WA 1, WA 2 und WA 3
  - in Wohnungen mit einem oder zwei schutzbedürftigen Räumen in mindestens einem schutzbedürftigen Raum,
  - in Wohnungen mit mehr als zwei schutzbedürftigen Räumen in mindestens der Hälfte der schutzbedürftigen Räumedurch besondere Fensterkonstruktionen unter Wahrung einer ausreichenden Belüftung oder durch andere bauliche Maßnahmen gleicher Wirkung Schallpegeldifferenzen erreicht werden, die gewährleisten, dass ein Beurteilungspegel von 30 dB(A) während der Nachtzeit in dem jeweils schutzbedürftigen Raum bei mindestens einem teilgeöffneten Fenster nicht überschritten wird. Der Nachweis ist im Baugenehmigungsverfahren zu erbringen.  
Keine besonderen Fensterkonstruktionen oder andere bauliche Maßnahmen gleicher Wirkung sind erforderlich in schutzbedürftigen Räumen, die mit mindestens einem Fenster zur lärmabgewandten Seite (d.h. nach Norden) ausgerichtet sind; diese Räume sind entsprechend anzurechnen.

- Zum Schutz vor Verkehrslärm sind in den allgemeinen Wohngebieten WA 1, WA 2 und WA 3 und im Sondergebiet SO "Gesundheit und Soziales" schutzbedürftige Räume mit schalldämmten Dauerlüftungseinrichtungen auszustatten. Es können auch andere bauliche Maßnahmen mit gleicher Wirkung getroffen werden.

- Zum Schutz vor Verkehrslärm im allgemeinen Wohngebiet WA 2, im allgemeinen Wohngebiet WA 1 südlich der Linie a-b und im allgemeinen Wohngebiet WA 3 südlich der Linie c-d sowie im Sondergebiet SO "Gesundheit und Soziales" bei Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung baulicher Anlagen die Außenbauteile schutzbedürftiger Aufenthaltsräume der Gebäude bewertete Gesamtschalldämm-Maße (R<sub>w,ges</sub>) aufweisen. Die nach der Norm DIN 4109-1; 2018 Schallschutz im Hochbau - Teil 1: "Mindestanforderungen" und Teil 2: "Rechnerische Nachweise" sind zu berechnen mit der Gleichung

$R_{w,ges} = La - KRaumart$   
mit  $La =$  maßgeblicher Außenlärmpegel  
mit  $KRaumart = 30$  dB für Aufenthaltsräume in Wohnungen  
 $= 35$  dB für Büroräume und Ähnliches sowie für Aufenthaltsräume in Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen.

Der Nachweis der Erfüllung dieser Anforderungen ist im Baugenehmigungsverfahren unter Anwendung der Regelungen der DIN 41 09-2; 2018 Schallschutz im Hochbau -Teil 2: "Rechnerische Nachweise" zu erbringen. Dabei sind im Schallschutznachweis insbesondere die Korrektur der Verhältnisse Raum-Fassadenfläche zu Raum-Grundfläche sowie die nach DIN 4109 geforderten Sicherheitsbeiwerte zu beachten.

Folgende maßgebliche Außenlärmpegel  $La$  sind voraussichtlich an den einzelnen Bauteilen der jeweiligen Fassaden zu erwarten:

- West-, Süd- und Ostfassade: 65 bis 67 dB(A)
- Nordfassade: 62 bis 64 dB(A)

- Zum Schutz vor Verkehrslärm sind im allgemeinen Wohngebiet WA 2, im allgemeinen Wohngebiet WA 1 südlich der Linie a-b und im allgemeinen Wohngebiet WA 3 südlich der Linie c-d mit Gebäuden baulich verbundene Außenwohnbereiche (z. B. Loggien, Balkone, Terrassen) von Wohnungen, die nach Westen, Süden oder Osten ausgerichtet sind, nur als verglaste Vorbauten oder verglaste Loggien zulässig.

Bei Wohnungen mit mehreren baulich verbundenen Außenwohnbereichen, die nach Westen, Süden oder Osten ausgerichtet sind, ist mindestens ein baulich verbundener Außenwohnbereich als verglaster Vorbau oder verglaste Loggia zu errichten.  
Die Festsetzung gilt nicht für baulich verbundene Außenwohnbereiche, für die im Baugenehmigungsverfahren nachgewiesen wird, dass ein Beurteilungspegel von 59 dB(A) (inklusive 3 dB Reflexionszuschlag) nicht überschritten wird.

**Geh-, Fahr- und Leitungsrechte (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)**

- Die Planstraße 1: Spreestraße ist mit einem Geh- und Fahrrecht zugunsten der Benutzer und Besucher der Grundstücke in den allgemeinen Wohngebieten WA 1, WA 2 und WA 3, des Sondergebiets SO "Gesundheit und Soziales" und des Sondergebietes „Kita“, einem Geh- und Fahrrecht zugunsten der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming sowie mit einem Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der zuständigen Erschließungsträger zu belasten.

- Die private Verkehrsfläche mit der Zweckbestimmung "Privater Gehweg" ist mit einem Gehrecht zugunsten der Benutzer und Besucher der Grundstücke in den allgemeinen Wohngebieten WA 1, WA 2 und WA 3, des Sondergebiets SO "Gesundheit und Soziales" und des Sondergebietes „Kita“ zu belasten.

**Pflanz- und Erhaltungsbindungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a und 25b BauGB)**

- Die private Grünfläche mit der Zweckbestimmung "Begrünte Platzfläche / Kinderspielplatz" ist gärtnerisch anzulegen. Die Bepflanzungen sind zu erhalten. Die Verpflichtung zum Anpflanzen gilt nicht für Wege, Nebenanlagen und Einrichtungen im Sinne von § 14 Abs. 1 Satz 1 der Baunutzungsverordnung.

- Innerhalb der Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sind 17 standortgerechte, heimische Laubbäume mit einem Stammumfang von mindestens 16 cm, gemessen in 1,3 m Höhe, zu pflanzen. Die Baumpflanzungen soll in gleichmäßigem Abstand von mindestens 8,0 m in einer Reihe am Rand der Umgrenzung erfolgen. Vorhandene Bäume mit mindestens gleicher Qualität können auf die Anzahl der zu pflanzenden Bäume angerechnet werden.

- Innerhalb der festgesetzten privaten Verkehrsflächen sind straßenbegleitend insgesamt 25 standortgerechte, heimische Laubbäume mit einem Stammumfang von mindestens 16 cm, gemessen in 1,3 m Höhe, zu pflanzen.

- In den allgemeinen Wohngebieten ist auf den Baugrundstücken je angefangene 600 m<sup>2</sup> Grundstücksfläche ein standortgerechter, heimischer Laubbaum mit einem Stammumfang von mindestens 16 cm, gemessen in 1,3 m Höhe, zu pflanzen.

**Gestaltungsfestsetzungen (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 87 BbgBauO)**

- Im allgemeinen Wohngebiet WA 1 ist das dritte Vollgeschoss an der östlichen Fassadenseite als zurückgesetztes Vollgeschoss (Staffelgeschoss) zu errichten. Staffelgeschosse im Sinne dieser Festsetzung sind Geschosse, dessen östliche Außenwand um mindestens 1,8 m hinter der Außenwand des darunter liegenden Geschosses zurücktritt.

- In den allgemeinen Wohngebieten WA 1, WA 2 und WA 3 sind die Dachflächen entweder als Flachdächer, d.h. mit einer einseitigen Dachneigung bis maximal 10 Grad, oder als Walmdächer mit einer Dachneigung bis maximal 30 Grad auszubilden.

**Hinweise**

Im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 53 „Wohnpark an der Neckarstraße (Neckargärten)“, 2. Bauabschnitt“ treten die Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 21 „Wohnpark an der Neckarstraße“ außer Kraft.

Zwischen den Punkten e und f sowie zwischen den Punkten g und h befindet sich ein in die Denkmalliste des Landes Brandenburg eingetragenes Baudenkmal (Einfriedigungsmauer mit Wandbild und Pförtnerhäuschen, Nr. 09107170).

Im Allgemeinen Wohngebiet dürfen zum Schutz des Grundwassers je Grundstück bei Errichtung von Wärmepumpenanlagen mit Sonden, nur Bohrungen für die Erdwärmesonden mit einer Tiefe bis maximal 60,0 m und einem Mindestabstand von je 5,0 m ab Grundstücksgrenze zugelassen werden.

Die DIN 4109-1; 2018 Schallschutz im Hochbau - Teil 1: "Mindestanforderungen" und Teil 2: "Rechnerische Nachweise" wird im Rathaus der Stadt Ludwigsfelde, Fachbereich III - Bauen und Infrastruktur, Fachdienst Stadtentwicklung zur Einsichtnahme bereitgehalten.

Bäume, Hecken, Gebüsche und andere Gehölze gemäß § 39 Abs. 5 Nr. 2 BNatSchG dürfen nur innerhalb des Zeitraums vom 01. Oktober bis zum 28. Februar (d.h. außerhalb der Brutzeit) beseitigt werden. Dies gilt für alle Gehölze, unbeachtet dessen, ob sie gesetzlich geschützt sind oder nicht.

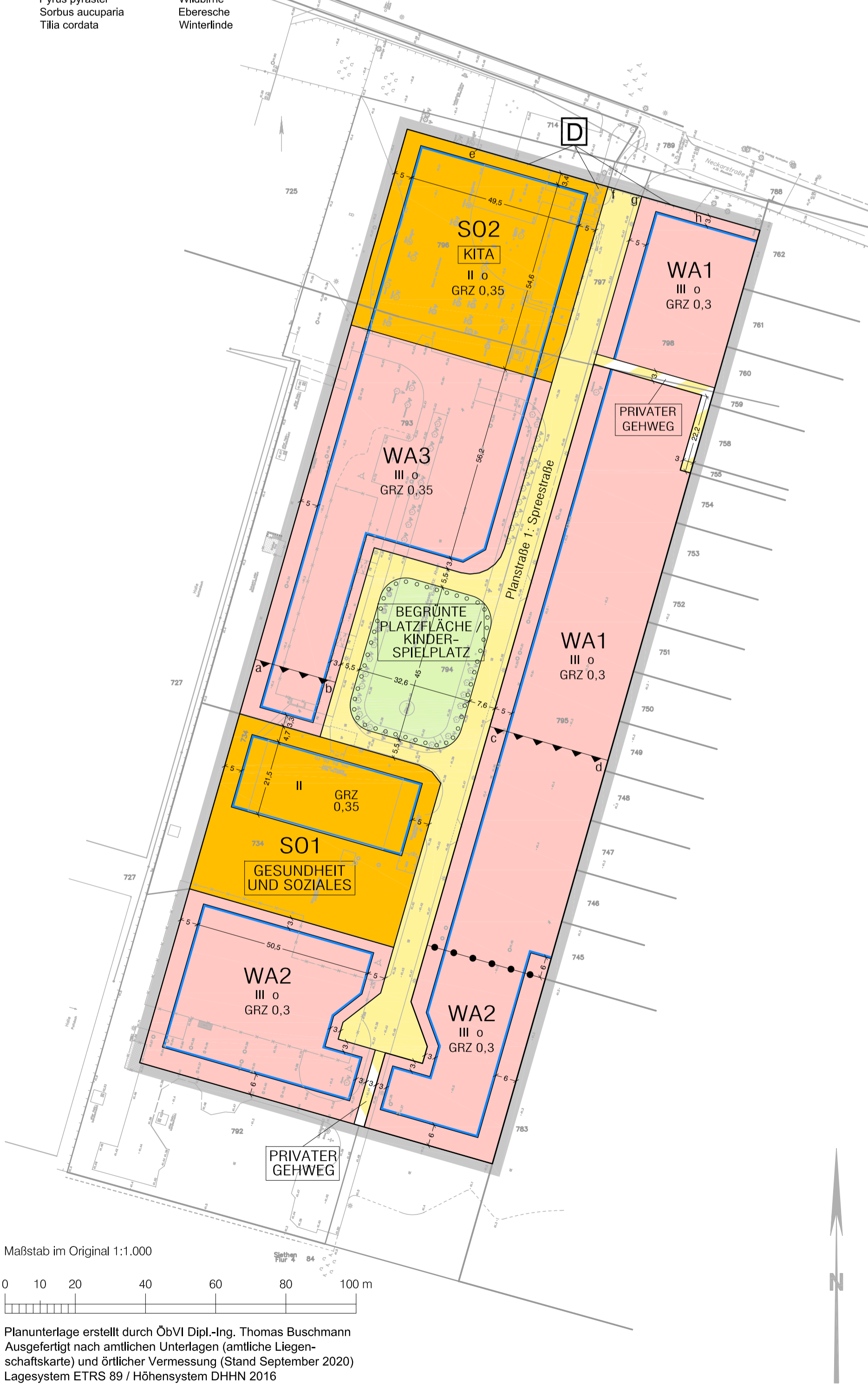
**empfohlene Pflanzlisten**

**Bäume für die Begrünung der Baugrundstücke und Grünflächen:**

Acer campestre  
Acer platanoides  
Acer pseudoplatanus  
Alnus glutinosa  
Carpinus betulus  
Elaeagnus angustifolia  
Fraxinus excelsior  
Malus sylvestris  
Prunus paud  
Prunus spinosa  
Platanus spec.  
Pyrus pyraeaster  
Sorbus aucuparia  
Tilia cordata

**Sträucher für die Begrünung der Baugrundstücke und Grünflächen:**

Roter Hartriegel  
Haselnuss  
Eingriffeliger Weißdorn  
Zweigriffeliger Weißdorn  
Besenginster  
Kreuzdorn  
Hundsrose  
Grauweide  
Purpurweide  
Schwarzer Holunder  
Gemeiner Schneeball



## Planzeichenerklärung

### Festsetzungen

Art der baulichen Nutzung

**WA1** Allgemeines Wohngebiet

**SO1** Sondergebiet SO ...

GESUNDHEIT/ SOZIALES ... mit Zweckbestimmung

Maß der baulichen Nutzung

GRZ 0,3 Grundflächenzahl

II Zahl der Vollgeschosse

Überbaubare Grundstücksflächen, Bauweise

Baugrenze gemäß § 23 Abs. 3 BauNVO

o offene Bauweise

Verkehrsrflächen

private Verkehrsfläche, (Planstraße 1: Spreestraße)

private Verkehrsfläche...

PRIVATER GEHWEG ... mit besonderer Zweckbestimmung

Grünflächen, Naturschutz und Landschaftspflege

Private Grünfläche...

BEGRÜNTE PLATZFLÄCHE / KINDERSPIELPLATZ ...mit Zweckbestimmung

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

Sonstige Planzeichen

Abgrenzungen unterschiedlicher Nutzungen auf privaten Grünflächen (Gestaltungsfestsetzung, siehe textliche Festsetzung Nr. xx)

Abgrenzung von Flächen für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplans

nachrichtliche Übernahme

**D** eingetragenes Baudenkmal (Einfriedigungsmauer mit Wandbild und Pförtnerhäuschen, Nr. 09107170)

Planzeichen ohne Normcharakter

Vorhandene Bebauung Flur- / Gemarkungsgrenze

Flurstücksgrenze Laubbaum / Nadelbaum

Flurstücksnummer

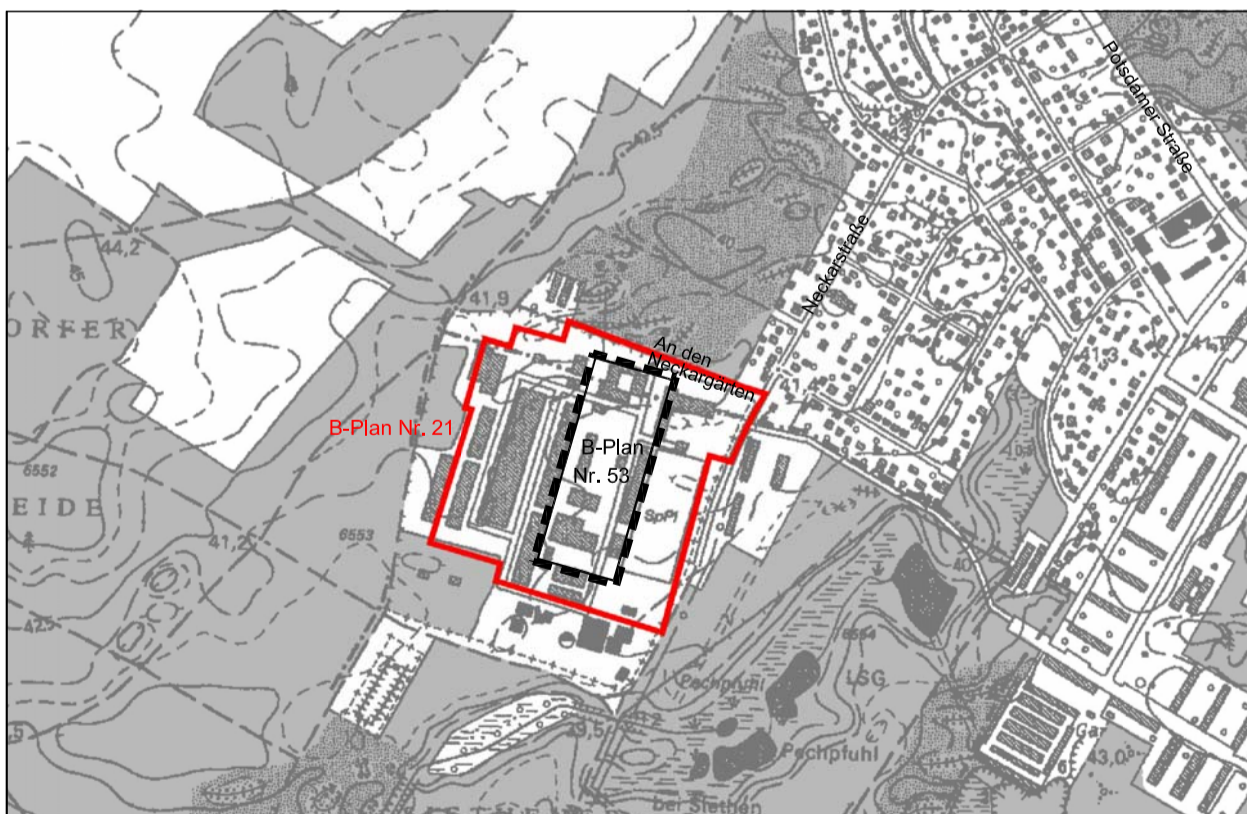
Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 221)

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176)

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung - PlanZV) in der Fassung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802)

Brandenburgische Bauordnung (BbgBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. November 2018 (GVBl. I/18, Nr. 39), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. September 2023 (GVBl./I/23, [Nr. 18])



Übersichtskarte

Maßstab im Original 1 : 10.000

Stadt Ludwigsfelde

Bebauungsplan Nr. 53

"Wohnpark an der Neckarstraße (Neckargärten), 2. Bauabschnitt"

Entwurf  
September 2024